

Argumente gegen rechts

Am 25 Mai 2014 finden die Europawahlen statt sowie die Kommunalwahlen in NRW. Die extreme Rechte und rechtspopulistische Parteien werden nicht nur im Internet verstärkt aktiv, sondern auch im Straßenwahlkampf. Solange sie nicht verboten sind und zu den Wahlen zugelassen sind, werden sie wie die demokratischen Parteien Veranstaltungen und Infostände durchführen. Sie werden mitten im Ort, in Fußgängerzonen neben den Infoständen der demokratischen Parteien öffentlich aktiv, um demagogisch und mit dummen Sprüchen Ängste vor Überfremdung, Sozialabbau, Ausländer-Kriminalität und Werteverfall zu schüren. Sie geben sich bürgerlich mit plakativen einfachen Botschaften. Deutlich werden ein autoritäres Politikverständnis, Vorurteile, eine Verharmlosung des Nationalsozialismus und Benachteiligungsängste sowie Parolen gegen Ausländer wie aktuell gegen Bulgaren und Rumänen, Sinti und Roma, gegen Asylbewerber und gegen Homosexuelle.

Im Internet findet man zum Thema „Argumente gegen rechts“ eine Vielzahl von Argumentierungshilfen. Man muss gegen dumme Sprüche gewappnet sein, sei es nun in der Kneipe an Stammtischen, auf der Straße am Infostand, auf dem Schulhof, auf dem Sportplatz, im Kleingarten oder am Arbeitsplatz.

Es gibt immer mehrere Möglichkeiten dagegen zu argumentieren, sei es mit politischen Argumenten oder über persönliche Erfahrungen und mit einfachen Nachfragen „Sie sagen das jetzt so, aber sehen Sie doch mal...“ Jede Form von Überheblichkeit sollte jedoch vermieden werden und ruhiges Reden bildet einen wirkungsvollen Kontrast zu lautstarken Parolen. Bei offener Menschenverachtung müssen jedoch Grenzen gesetzt werden, denn den dumpfen Vorurteilen kann man sowieso keine Differenzierung entgegenen.

Sinnvoll ist es immer hervorzuheben, welche Vorzüge eine Demokratie und ein humanistisches Menschenbild haben und welche Werte darin zu Ausdruck kommen.

Sinnvoll ist es auch, auf die Folgen hinzuweisen, die die NS-Zeit mit sich gebracht haben: Menschenverluste durch den Krieg, Tote, Verletzte und Vermisste, Tod und Leid auch in der Zivilbevölkerung, Zwangsarbeit, Deportation und Vertreibung, unbeschreibliche Gräueltaten, Verbot von Denkweisen, politische Folgen z.B. Isolierung Deutschlands und immenser wirtschaftlicher Schaden durch Kriegskosten.

Die GEW Rheiderland hat unter www.gew-rheiderland.homepage.t-online.de einige Argumente gegen rechts veröffentlicht und auch ausführlich auf die Folgen der NS-Zeit hingewiesen : Wenn wir uns erinnern und moralisch urteilen, stellt sich Eingedenken her.

Hier kommen nun einige gängige Behauptungen und ihre Gegenargumente:

Behauptung: „Die Bundesrepublik ist der Zahlmeister der EU. Europäische

Freizügigkeit bedeutet Kriminellen- und Drogenimport!"

Falsch: Die Bundesrepublik ist zwar einer der Netto-Zahler in der EU. Aber sie gewinnt auch wie kein anderes Land vom europäischen Markt. Deutschland ist Export-Weltmeister und ohne offene Grenzen der EU würde jeder dritte Deutsche arbeitslos werden. Mit dem Schengener Abkommen gibt es europaweit die erste gemeinsame Übereinkunft und praktizierte Politik gegen Kriminalität und Drogen europaweit. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Kriminalitätsrate nach der Öffnung der Grenzen zurückgegangen ist.

Behauptung: „Ausländer sind Schmarotzer, die sich auf dem Rücken der fleißigen Deutschen ausruhen!"

Falsch: Die Rechten sehen ausländische Mitbürger, auch wenn sie in der dritten Generation hier leben, als Gäste, die zwar Steuern und Sozialabgaben zahlen sollen, die aber keinen Anspruch auf Arbeitsverträge, Sozialleistungen und Daueraufenthalt haben dürften. Verschwiegen wird, dass die große Mehrzahl der Mitbürger ausländischer Abstammung dazu beitragen, das Renten- und Versicherungssystem zu stabilisieren. Eine von den Rechten beschriebene „Überfremdung“ entspricht nicht der Realität. Frankreich, die Niederlande, die Schweiz oder Luxemburg haben viel höhere „Ausländeranteile“. Es hat aber immer in der Geschichte ein Geben und Nehmen von Bevölkerungsströmen gegeben. So sind im 19. Jahrhundert über 5 Millionen Deutsche aus wirtschaftlichen und politischen Gründen ausgewandert. In der Zeit nach 1933 haben hunderttausende Deutsche Asyl im Ausland gesucht. Nach 1945 sind 12 Millionen Menschen in Westdeutschland eingewandert.

Behauptung „Die Kosten durch die Ausländer machen unseren Staat kaputt!"

Falsch: Über 2 Millionen ausländischer Mitbürger sind versicherungspflichtig tätig. Ganze Wirtschaftsbereiche würden kaputt gehen, gäbe es sie nicht. Sie stehen an Fließbändern, ernten Obst, putzen Fenster, Hotels und Restaurants wären ohne ihre Dienste aufgeschmissen. Sie zahlen Lohn- und Einkommenssteuer, in die Rentenkassen. Die Mitbürger ausländischer Herkunft kaufen Waren ein, zahlen Miete, kurbeln wie die deutschen Mitbürger die Wirtschaft an. Außerdem ist Ausländerfeindlichkeit in einer Zeit, in der internationale Wirtschaftsbeziehungen für jeden von uns eine immer größere Rolle spielen, einfach nur falsches, unmoralisches Denken.

Behauptung: „Ausländer nehmen Deutschen die Arbeit weg!"

Falsch: Nach dem Arbeitsförderungsgesetz werden mit festen Regeln Stellen vermittelt: Erst kommen Deutsche, Aussiedler und EU-Bürger, danach Ausländer mit Aufenthaltserlaubnis und dann zum Schluss erst Asylbewerber. In Zukunft werden Ausländer für den deutschen Arbeitsmarkt noch wichtiger, denn die Alterspyramide wird immer mehr zum Pilz. Wird die Lücke der geburtenschwachen Jahrgänge nicht mit ausländischen Arbeitnehmern aufgefüllt, gehen 15 % mehr Menschen in Rente als neu in den Beruf kommen.

Behauptung: „Ausländer sind eher kriminell als Deutsche!“

Falsch: Zieht man die Delikte ab, die Asylbewerber wegen ihres Status begehen (Verletzung der Reiseeinschränkungen ...), sind sie statistisch nicht häufiger kriminell als Deutsche. Der Spruch „Kriminelle Ausländer raus“, den man oftmals hört und der wie lähmendes Gift sich in die gesamte Diskussion bundesweit einschleicht (alle Bundesparteien haben inzwischen Statements im Sinne dieser „Forderung“ verkündet) führt die letztgenannte Behauptung weiter. Da wird unterschwellig behauptet, Ausländer seien eher kriminell. Dann steckt in dem Satz eine rechtsstaatliche Ungeheuerlichkeit: Für ausländische Mitbürger würden Grundrechte wie z.B. das Asylrecht nicht gelten. Natürlich kann man schon lange Menschen abschieben, die einem anderen Staat angehören und die hier gegen das Gesetz verstoßen haben. Aber was würde es bedeuten, wenn dies für jeden Straffälligen angewandt würde? Es könnte die Todesstrafe für einen Ladendieb bedeuten, der als politisch Verfolgter in das Land eines Unrechtsregimes abgeschoben würde. Es ist erstaunlich, dass in unserem Land, aber auch in anderen Staaten Europas nazistisches Denken bei manchen immer wieder Anhänger findet. Erstaunlich gerade deshalb, weil die deutsche Bevölkerung auch unter dem Nationalsozialismus grenzenloses Leid erfahren hat:

Hinweis: Ausführliche Argumentationshilfen gegen rechte Sprüche : www.osz-gegen-rechts.de